

# Danziger Volksstimme

Die "Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.

Redaktion: Im Spindhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
• • • • der Freien Stadt Danzig • • • •  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelpreis: Die 3-seitige Seite 1,50 Mk. von ausserdem 2.— Mk. Arbeitssachen, Wohnungsausgaben und so. Tarif, die 3-seitige Seite 6.— Mk. von ausserdem 4.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Nachnahme bis 10 Uhr. — Postleistung Danzig 20 Pf. — Spediteur: Im Spindhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 44

Dienstag, den 22. Februar 1921

12. Jahrgang

## Die Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik.

### Die Wahlresultate in Preußen.

Berlin, 22. Febr. Nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten aus 20 von 22 Wahlkreisen können 377 Abgeordnete als gewählt gelten und zwar Deutschnational 66, Deutsche Volkspartei 52, Zentrum 78, Demokraten 21, Mehrheitssozialisten 100, Unabhängige 24, Kommunisten 27, Wirtschaftspartei 4. Diese Übersicht ergibt sich aus den Wahlen nach den Wahlkreisvorschlägen und aus der Verrechnung der Reststimmen in den Verbindungserklärungen und aus der Verrechnung der Reststimmen für die Landeswahlvorschläge. Es fehlen noch die Resultate aus den Wahlkreisen 15 (Hannover) und 20 (Köln-Machen).

Berlin, 21. Febr. Die Großberliner Wahlen lassen einen außerordentlichen Rückgang der unabhängigen Stimmen erkennen. Die den Unabhängigen verloren gegangenen Stimmen sind zum Teil den vereinigten Kommunisten, zum Teil der Mehrheitssozialdemokratie zugute gekommen. Die Gewinne dieser Parteien gleichen aber die Verluste der Unabhängigen bei weitem nicht aus, so dass insgesamt ein Rückgang der Stimmen der drei Linksparteien zu verzeichnen ist. Von den bürgerlichen Parteien hat die Deutschnationale Volkspartei einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, während die deutsche Volkspartei und die deutschdemokratische Partei zurückgegangen sind. Eine verhältnismäßig große Stimmenzahl hat auch die neue Mittepartei (Wirtschaftspartei) zu verzeichnen.

Folgende Einzelergebnisse aus Breslau und Hannover mit besonders erfreulichen Resultaten für unsere Partei seien hier noch erwähnt:

7. Wahlkreis (Breslau): 880 798 gültige Stimmen. Mehrheitssozialisten 350 149, Deutschnationale 188 788, Zentrum 172 974, Deutsche Volkspartei 74 789, Demokraten 49 390, Kommunisten 22 587, Wirtschaftspartei 14 062, Unabhängige 8059. Mehrheitssozialisten 8 Sitze. Deutschnationale 4, Zentrum 4, Dt. Volkspartei sowie auch Demokraten je 1 Sitz.

18. Wahlkreis (Hannover-Süd): Es entfallen auf die Mehrheitssozialisten 7 Sitze, auf das Zentrum 4, auf die Demokraten 1, die Deutschnationalen 1 Sitz und die Deutsche Volkspartei 8 Sitze.

Von der Reichstagswahl in Ostpreußen liegt einstweilen folgendes Ergebnis vor:

Königsberg. Deutschnationale 277 590, Deutsche Volkspartei 136 987, Zentrum 87 699, Demokraten 50 000, Mehrheitssozialisten 214 647, Unabhängige 51 706, Kommunisten 67 562, Wirtschaftspartei 9569, Polen 11 622. Deutschnationale 4 Sitze. Deutsche Volkspartei 2, Zentrum 1, Mehrheitssozialisten 3 und Kommunisten 1 Sitz. Die Ergebnisse aus zwei Bezirken fehlen noch.

In einem Aufruf zur Einigkeit fordert der "Vorwärts" die Unabhängigen zum Zusammensehen mit den Mehrheitssozialisten auf. Eine ernste Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Parteien besteht nur über die Frage des Zusammensetzens mit Bürgerlichen. Ein Zugeständnis nach dieser Richtung hin sollte aber den Unabhängigen um so weniger schwer fallen, als ja ihre österreichischen Gesinnungsgenossen nach ihm gehandelt haben. Die Einigkeit der Sozialisten sei erforderlich, sowohl zum Kampfe gegen die Rechtsparteien als auch gegen den Terror der zurückgebliebenen kommunistischen Minderheiten.

### Die Eröffnung der Londoner Konferenz.

Paris, 21. Febr. Wie der Sonderberichterstatter von Havas in London meldet, fand die erste Vollsitzung der Konferenz heute nachmittag um vier Uhr im St. James-Palast statt.

Paris, 21. Febr. Der Sonderberichterstatter von Havas in London meldet: Die erste interalliierte Versammlung wurde um zwei Uhr nachmittags geschlossen. Der Entschluss der Konferenz, an den Nachmittagen Vollsitzungen abzuhalten, gab den Willen kund, unverzüglich an die Orientfrage heranzugehen, um nach Möglichkeit Verschleppungsversuche zu verhindern, welche die beiden türkischen Abgeordneten beabsichtigen könnten.

### Das französisch-polnische Abkommen.

Paris, 21. Febr. Ministerpräsident Briand und der polnische Minister des Auswärtigen, Fürst Sapieha, haben am 19. Februar ein polnisches Abkommen unterzeichnet. Es enthält 1. die Verpflichtung der beiden Regierungen, sich über alle auswärtigen Fragen, die beide Staaten interessieren, miteinander zu verständigen. Der zweite Vertrag betrifft den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die beiden Regierungen wollen sich gegenseitig Unterstützung zuteil werden lassen, um ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu entwickeln und Sonderabkommen und einzelne Handelsverträge miteinander abzuschließen. Der dritte Vertrag ist ein Defensivbündnis, durch

das sich beide Regierungen im Falle eines nicht vorhergesehenen Angriffs die gemeinsame Verteidigung ihres Gebiets zusichern. Der vierte Vertrag endlich verpflichtet die beiden Regierungen, sich gegenseitig zu beraten, bevor sie neue Abkommen schließen, die ihre Politik in Mitteleuropa und Ostpreußen betreffen. Der "Tempo" erklärt, dass das Sonderabkommen wirtschaftlicher Art fast fertiggestellt sei und in aller Kürze unterzeichnet würde. Von dem Inhalt des französisch-polnischen Abkommens ist heute vormittag seitens der französischen Regierung den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Englands, Italiens, Japans und Belgens Kenntnis gegeben.

### Der Termin der oberschlesischen Abstimmung.

Amtlich. London, 21. Febr. (W. T. B.) Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, dass die oberschlesischen Landesbewohner und die auswärts wohnenden Abstimmungsberechtigten zu gleicher Zeit abstimmen sollen.

Paris, 21. Febr. Wie der Londoner Korrespondent des "Tempo" mitteilt, wurde in London weiter beschlossen, dass die Volksabstimmungskommission für Oberschlesien den Abstimmungstag auf den 20. März oder, wenn sich unüberwindliche Hindernisse dem entgegenstellen, auf ein benachbartes Datum festlegen soll. Der Oberste Rat hat ferner davon Kenntnis genommen, dass die britische Regierung die Verpflichtung übernommen hat, der Volksabstimmungskommission vier Bataillone zur Verfügung zu stellen.

Berlin, 21. Febr. (W. T. B.) Wie wir erfahren, ist an amtlicher Stelle über den Beschluss des Obersten Rates in der Frage der oberschlesischen Abstimmung bisher noch nichts bekannt.

### Die Aufstellung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen.

Berlin, 21. Febr. Die Reparationskommission in Paris veröffentlicht eine Note vom 15. Februar, in der Mitteilungen gemacht werden über die Aufstellungen der Reparationsverpflichtungen Deutschlands, die von der Kommission behufs fristgerechter Zustellung bis zum 1. Mai 1921 abzuschähen sind. Darin wird festgestellt, dass der deutsche Regierung zur Aeußerung auf die Reklamationen eine Frist von wenigstens 8, höchstens 15 Tagen, je nach der Natur des Anspruches, bewilligt wird. Die Note vom 15. d. Mts. liegt bei den Berliner Zentralstellen noch nicht vor. Die deutsche Regierung wird sich aber nicht darauf einlassen können, sich im einzelnen vorschreiben zu lassen, binnen welcher Frist sie die Nachprüfung der außerordentlich umfangreichen Aufstellungen zu erledigen hat. Die deutsche Kriegsstaatenkommission hat Anweisung erhalten, diesen Standpunkt der Reparationskommission gegenüber nochmals zum Ausdruck zu bringen.

Paris, 21. Febr. Wie mitgeteilt wird, hat der Botschafterrat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Vollmachten der Regierungskommission für das Saargebiet auf die Dauer eines Jahres, vom 18. März ab berechnet, zu verlängern. Des ferner wurde beschlossen, Deutschland, Ungarn und Ecuador zu der am 10. März in Barcelona infolge eines Beschlusses des Völkerbundes zusammentretenden Verkehrs- und Transitkonferenz einguladen.

### Die Aburteilung der deutschen "Kriegsverbrecher".

Berlin, 21. Febr. Ein Vertreter des Oberrechtsanwalts und des auswärtigen Amtes reiste heute abend nach London, um mit dem englischen Generalstaatsanwalt gewisse technische Fragen wegen der Beweiserhebung der englischen Fälle der sogenannten Liste der 45 zu besprechen.

Blättermeldungen aus Leipzig zufolge fand dort im großen Sitzungssaal des Reichsgerichts die Eröffnung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich in seiner vorläufigen Verfassung statt. Anwesend waren sämtliche sieben Mitglieder und zwar drei Richter des Reichsgerichts und die vom Reichstag ernannten vier Abgeordneten. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Regelung des Prozeßverfahrens. Es wurde beschlossen, dass dieses sich zunächst nicht auf die sogenannten Ministeranklagen erstreden soll.

### Der Prozeß gegen Ernst Sonnenfeld.

Berlin, 21. Febr. Der Prozeß gegen Ernst Sonnenfeld und sieben Genossen begann heute vor der vierten Strafkammer des Landgerichts 1.

Es mutet höchst eigenartig an, dass dieser Staatshauptprozeß ausgerechnet einen Tag nach den preußischen Landtagswahlen beginnt.

### Die Sozialdemokratie nach den preußischen Landtagswahlen.

Über den Ausfall der Wahlen zum preußischen Landtag liegen einstweilen nur die ersten, noch mancher Berichtigung bedürfenden Teilergebnisse vor. Es wird länger, als wir es sonst gewöhnt sind, dauern, bis sich uns das Endresultat öffnen wird, da am 20. Februar neben den Landtagswahlen auch gleichzeitig die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen, daneben noch in den schleswig-holsteinischen und ostpreußischen Abstimmungsgebieten die Reichstagswahlen stattgefunden haben. Wenn aber deshalb auch noch kein abschließendes Urteil möglich ist, so lassen sich doch schon aus den ersten Wahlergebnissen interessante Schlüsse auf die Stimmung und die politische Willensrichtung der Wählerchaft ziehen.

Man darf die Bedeutung der preußischen Landtagswahlen kaum geringer einschätzen als die der letzten Reichstagswahlen. Preußen ist nicht nur der weit aus größte deutsche Bundesstaat, sondern auch das politische und wirtschaftliche Zentrum des Deutschen Reiches, und die Zusammensetzung des neuen preußischen Landtages kann gar nicht ohne Einfluss auf die Politik der Reichsregierung bleiben, zumal da diese sich ja nicht unbedingt auf eine Mehrheit im Reichstag stützen kann. Sehr nachhaltig wird vor allen Dingen in dieser deutschen Schichtsstufe der Eindruck der preußischen Landtagswahlen sein. Am 26. Februar sollen die deutschen Bevollmächtigten die Reise nach der Londoner Konferenz antreten, und die bevorstehenden außenpolitischen Entscheidungen werden die Zukunft des ganzen deutschen Volkes auf Jahrzehnte hinaus bestimmen. Die Wahlresultate des 20. Februar werden sowohl für die deutschen Delegierten als auch für die Ententeregierungen ein beachtenswertes Barometer für ihre Verhandlungen sein.

Dass die bisherige preußische Regierungssituation bei den Wahlen einen durchaus schweren Stand haben werde, war eine Selbstverständlichkeit. Die verfassunggebende preußische Landesversammlung war aus dem Rausche der Revolutionstage geboren und hatte die grenzenlos schwere Aufgabe gehabt, die Liquidation einer Konturmasse mit möglichst großem Geschick durchzuführen. Aber gerade in Preußen, der ehemaligen Hochburg der altpreußischen Reaktion, mit seiner Bureaucratieorganisation und seiner kulturellen Rückständigkeit waren zu viele materielle und geistige Werte verwirkt worden, als dass in zwei kurzen Jahren schon mehr als die ersten beschleunigen Anfänge zu einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Neuordnung und Aufwandsentwicklung durchgeführt werden konnten. Hinzu kam die mannigfache Gegensätzlichkeit innerhalb der einzelnen Koalitionsparteien, die einstweilen, um Überhaupt regierungsfähig zu bleiben, viele ihrer bringendsten Programmforderungen zugunsten ihrer gemeinsamen Befolktüchtigkeit der wichtigsten laufenden Tagesgeschäfte zurückstellen mussten. Dass unter diesen Umständen der Ansturm der Opposition auf der äußersten Rechten und Linken nicht erfolglos blieben würde, ist deshalb von jedem einsichtigen Politiker von vornherein in Rechnung gestellt worden.

Ein Vergleich mit den Reichstagswahlen vom 6. Juni zeigt jedoch deutlich, dass die politischen Erfahrungen der letzten acht Monate nicht ohne Einfluss auf den Wahlausgang geblieben sind. Das tritt weniger in dem starken Stimmenzuwachs der beiden Rechtsparteien als vor allen Dingen in der Stimmenverteilung unter den sozialistischen Parteien an. Eingig das Zentrum, das eigenartige konfessionelle Sammelsurium von Junkern, Großkapitalisten und Arbeitern, scheint im wesentlichen seine bisherige Stärke gehabt zu haben. Dass die Demokraten, diese zwischen Himmel und Erde mit bemerkenswürdiger Haltlosigkeit schwiebenden, aus den unvereinbarsten Elementen zusammengesetzte Mischmaschpartei, erg zusammengezrumpft sind, kann nur als ein Ergebnis historischer Gerechtigkeit und Notwendigkeit gewertet werden. Die Deutsche Volkspartei hat anscheinend ihre Teilnahme an der Reichstagswahl, in der sie sich fast in Widerspruch zu ihren großmäuligen Versprechungen mit den letzten Reichstagswahlen gesetzt hat, und ihr fortgesetztes Liebeswerben um die Gunst der Sozialdemokratie mit einer Abwanderung ihrer Anhänger zu den Deutschnationalen büßen müssen. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor die stärkste Partei geblieben, und es fällt schwer zu glauben, dass sie nach dem Zusammentritt des preußischen Landtages am 10. März von der Regierungsbildung ausgeschaltet werden wird.

Eine große Überraschung bildet zweifellos der gerade katastrophale Zusammenbruch der Unabhängigen, der wohl die kühnsten Erwartungen übertrifft. In Berlin haben sie gegenüber den letzten Reichstagswahlen weit mehr als die Hälfte ihrer Anhänger verloren, und die Sozialdemokratie steht dort endlich — und wohl endgültig — wieder als die

stärkste Arbeiterpartei. Auch in Ihren bisher sichersten Wahlkreisen in Mittel- und Westdeutschland haben Sie ganz gewaltige Stimmenabnahmen zu verzeichnen. Keineswegs sind aber die Kommunisten Ihre lachenden Erben geworden. Gewiss hat diese Partei einen gewaltigen Zuwachs aus dem ehemaligen unabhängigen Lager erhalten. Aber gerade in den radikalsten Gegenden, in Berlin, in Westdeutschland und im Rheinland, hat unsere Partei erfreuliche Fortschritte gemacht.

Doch die Kommunisten als eine vorherrschaftlich starke Partei in den preußischen Landtag einzutreten, ist zwar bedauerlich, aber psychologisch ebenso begreiflich wie der ehemalige Siegeszug der Unabhängigen. Man braucht sein Prophet zu sein, um dieser Partei über kurz oder lang ein ebenso unheimliches Ende vorzusagen, wie es jetzt ihren rechten Nachbarn ereilt hat. Auch die kommunistischen Wähler müssen — bedauerlicherweise freilich erst nach Überwindung sehr schwerer Leidenschaft — einsehen, daß zwischen dem pseudorevolutionären Schlagwort, das sich nur an die untrügliche Gefühlswelt wendet, und der praktischen Arbeit zum Wohl der Arbeiterschaft und der Volksgrämtheit unvereinbare Gegensätze bestehen. Nebenbei ist diese Partei sich schon an Wandelungsfähigkeit, an Fertigkeit am Erkennen der elementarsten politischen Grundbedingungen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten, an Verantwortungslösigkeit und nicht zum wenigsten an einer überzeugenden Verwirklichung aller sozialen Begriffe so stark gestärkt, daß ohnehin der gesunde Sinn der Arbeiterschaft diese zweifelhaften Vollsprechen früher oder später eine entschiedene Abstimmung erzielen wird. Die Wirklichkeit der Kommunisten ist ja nur unter dem gegenwärtigen Zeitelend möglich und entspricht darin einer alten geschichtlichen Erfahrung. Mit der allmählichen Wiedereinführung geländerter und geordneter Beziehungen wird auch der kommunistischen Agitation von selbst der Boden entzogen.

Wischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten haben aber die Unabhängigen jede Existenzberechtigung eingebüßt. Die vernünftigen Teile der Arbeiterschaft haben bei den Preußenwahlen die ererbte „Einigung des Proletariats“ dadurch herbeigeführt, daß sie ihre Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben haben. Sie haben eingesehen, daß ihre Interessen von unserer Partei am nachdrücklichsten und erfolgreichsten vertreten werden. Die Politik der Sozialdemokratie hat dadurch eine Rechtfertigung erlangt, die uns nur mit froher Genugtuung erfüllen kann. Wir wissen, daß der Weg bis zur endgültigen Durchführung des Sozialismus noch lang und hörnenvoll sein wird, und wir werden, unbedrückt um agitatorische Eingebildewirkungen, die manigfachen großen Schwierigkeiten, die uns noch entgegentreten werden, gewiß nicht verheimlichen oder als belanglos abtun. Über das Vertrauen der Wählerschaft, das sich unserer Partei seit den Preußenwahlen wieder in erhöhtem Grade zuwenden beginnt, wird der Sozialdemokratie der wissende Anspruch sein, weiterhin in der bisher von ihr verfolgten Richtung ihren politischen und menschlichen Zielen nachzustreben.

W. D.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Pariser Beschlüsse und Londoner Konferenz. — Amerikanische Vorschläge. — Die deutsche Kohlenförderung. — Eine Kohlenwoche. — Vermehrte Arbeitslosigkeit. — Die Notwendigkeit des Bauens.

Das deutsche Wirtschaftsleben steht andauernd unter dem Druck der auf der Pariser Konferenz gefassten Beschlüsse, und die Ungewissheit über das, was in London werden wird, wirkt geradezu lärmend. Obwohl man im allgemeinen den Eindruck hat, daß die hochgemute Stimmung, die sich in den Entente-Staaten ob des Rechtkrafts der Pariser Konferenz kundgab, schon recht stark nachgelassen und einer wesentlich nüchternen Betrachtungsweise Platz gemacht hat, tut man dennoch gut, nicht optimistisch zu sein. Denkt die lehre Rede, die der englische Premierminister in Birmingham in diesen Tagen gehalten hat und in der er sich fast zu den Pariser Beschlüssen bekannte, und meinte, Deutschland solle und könne zahlen, es wolle nur nicht, läßt von der zukünftigen Haltung Lloyd George nicht viel Günstiges erwarten. Auch die Pariser Kommerzdebatte über die Konferenzbeschlüsse wirkten keineswegs ermutigend. Die meisten Redner fanden die festgelegten Summen, die Deutschland zahlen soll, noch viel zu niedrig. Und wenn man auch zugeben muß, daß ein beträchtlicher Teil dieser Reden auf innerpolitische Gründe zurückzuführen ist, so ist das kein belohnender Trost für Deutschland, das die Zechen zahlen soll. Die in London zu erwartende Entscheidung wird natürlich zu einem erheblichen Teil von den Vorschlägen abhängen, die die deutschen Delegierten der Entente unterbreiten werden, und man darf aus der Rede, die der Minister des Auswärtigen Amtes, Dr. Simons, vor einigen Tagen in Stuttgart gehalten hat, wohl den Schluss ziehen, daß Deutschland mit allem Ernst die Wiedergutmachung in die Hand nehmen und Zahlungsworschläge machen wird, soweit sie sich mit der Aufrechterhaltung der eigenen Existenz nur eben vereinbaren lassen. Es kann gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß Franzosen wie Deutsche die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete durch deutsche Arbeiter und deutsches Material in den Mittelpunkt ihrer Erfrierungen stellen müssen. Wir nehmen es als selbstverständlich an, daß Deutschland dieses Mal einen bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Plan über diese Frage in London unterbreiten wird. Den werden die Franzosen auch nicht ablehnen können, denn hier ist die Stelle, wo die höchste Summe deutscher Leistungen gegeben werden kann, und wo sie Frankreich den größten Nutzen bringt.

Auch in der Wiedergutmachungsfrage wird sehr viel von der Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika abhängen. Die Schulden, die die Entente-Staaten untereinander haben, spielen überhaupt in der Wiedergutmachungsfrage eine gewichtige Rolle. Die Vereinigten Staaten sind als das wohlhabendste Land der leichten Gläubiger, sowohl den Engländern wie anderen Staaten große Summen geleihen haben. Während England nahezu alle reichtende des Krieges sammelnden Nationen mit Geldmitteln unterstützte hat, hat es selbst keine Auslast bei Amerika finden müssen. Es ist auch

wieder von dem schon einmal aufgetauchten und von Amerika zurückgewiesenen Plan die Rede, diese Schulden einschließlich zu streichen oder sie doch erheblich herabzusetzen. Aber auch heute will Amerika davon noch nichts wissen, obwohl ein anderer Ausweg als der Verzicht auf einen beträchtlichen Teil dieser Summen schließlich kaum übrig bleibt. Noch ein anderer Vorschlag ist in Amerika aufgetaucht. Der amerikanische Senator Franks hat vorgeschlagen, daß die Vereinigten Staaten den Deutschen für die Übertragung des Besitzrechtes der ehemaligen deutschen Kolonien an Amerika 3 Milliarden Dollars zahlen sollten. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß England das ehemals deutsche Südwest-Amerika herausgeben wird, das irgendwischen mit den früheren Burenstaaten und dem englischen Südafrika verknüpft worden ist. Noch weniger wird es auf das frühere Deutsch-Ostafrika verzichten; denn der in England seit Jahr und Tag gelegte Plan, die Eisenbahnverbindung vom Kap bis nach Kairo durch rein englisches Gebiet herzustellen, ist mit der Gewinnung Ostafrikas seiner Verwirklichung noch gefürchtet. Die wirtschaftlichen Vorteile, die England sich davon verspricht, sind so groß, daß es auf die Durchführung des gewaltigen Werks sicherlich nicht verzichten wird. An sich hat der Senator Franks natürlich recht. Laut Friedensvertrag sind die ehemaligen deutschen Kolonien keineswegs in den Besitz der Entente-Staaten übergegangen, sondern diese haben, im Namen und Auftrag des Völkerbundes, das Mandat erhalten, die Kolonien zu verwalten, nur wird diese formal-rechtliche Bestimmung wenig an dem Schicksal der deutschen Kolonien ändern können. Aber auch wenn sich dieser amerikanische Plan nicht verwirklichen läßt, so wird Amerika, wenn es Europa nicht in sich zerfallen lassen will, was seinem eigenen Interesse widerspricht, sich dazu entschließen müssen, mit Milliardenzahlen in Dollars einzuspringen. Ohne diesen wird man in Europa aus dem Krieg nicht herauskommen, und Amerika hat ein dauernd steigendes Interesse daran, die europäische Glendzeit so bald wie möglich abzufüllen.

Inzwischen sind die Ziffern über die Kohlenproduktion Deutschlands für das vergangene Jahr bekanntgegeben worden. Sie zeigen, unter Ausschluß der Gebiete der Saar, der Pfalz und Elsaß-Lothringen, eine starke Zunahme in allen Teilen. Die Steinkohle bei den Steinkohlen, verglichen mit der Friedensförderung, ist aber immer noch sehr beträchtlich, während die Braunkohlenproduktion die Produktion des letzten Friedensjahrs erheblich überschritten hat. Wenn dies letztere auch als sehr erfreulich bezeichnet werden kann, so darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Braunkohle einen sehr geringen Heizwert hat und die Umstellung industrieller Betriebe auf ihre Benutzung (wenn sie auch vielfach vorgenommen worden ist) keine ganz einfache Sache bedeutet. Das Ergebnis der Kohlenförderung 1920 ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

	Steinkohlen	Braunkohlen
	(in Millionen Tonnen)	
1920	131,3	111,6
1919	107,6	93,8
1918	148,1	100,6
1917	154,4	95,5
1916	173,6	87,1

Um 7. Februar ist der Reparationskommission eine deutsche Note über die Neuregelung der Kohlenlieferung an die Entente übergeben worden, in der darauf aufmerksam gemacht ist, daß gegenwärtig von Deutschland Lieferungsmengen verlangt werden, die über das mögliche Maß hinausgehen, ebenso seien die Anforderungen, die hinsichtlich der Qualität an Deutschland gestellt werden, stets steigender Art. Es wird des weiteren auf die Schwierigkeiten des Transportes hingewiesen und bemerkt, daß der Bezug von Kohlen über die deutschen Seehäfen zur Erleichterung und Erhöhung der Gesamtlieferung Deutschlands beitragen könnte.

Die Zahl der Erwerbslosen ist in Deutschland ebenfalls im Steigen begriffen. Eine besonders starke Steigerung hat in dem Zeitraum vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1920 stattgefunden, nämlich um 43 000. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen in Deutschland betrug am 1. Januar 409 000. Diese Zahl gibt aber nur ein schlechtes Bild von der wirklich in Deutschland herrschenden Erwerbslosigkeit, das sich erst dann gewinnen läßt, wenn man die Zahl der nur wenige Stunden beschäftigten Arbeiter kennt. Sie läßt sich natürlich, da die Arbeitszeit bei diesen sehr schwankend und außerordentlich verschieden ist, nicht genau feststellen. Doch ist sicher, daß sie mehr als doppelt so groß ist, als die der eben genannten geringlich Erwerbslosen.

In allen Teilen Deutschlands beginnt man allmählich einzusehen, daß eins der besten Mittel, die Arbeitslosigkeit zu verringern, in einer energetischen Wiederaufnahme der Bauaktivität liegt. Es ist wirklich in Deutschland kaum etwas so nötig wie das Bauen, möglicher, was ein besonderes Glück ist. Deutschland alle Rohstoffe im eigenen Lande hat. Jetzt ist das Bauen, wie alles andere, außerordentlich teuer geworden. Wenn man sich aber dazu entschließt, energetisch und methodisch (unter Vornahme der notwendigen Umschichtung) Arbeitslose für diesen Zweck heranzuziehen, so wird die Herstellung neuer Wohnungen, auch trotz der hohen Preise, ökonomisch sein. Auch schon um bestimmen, weil einmal die auf diese Weise beschäftigten Arbeitslosen auch sonst ernährt werden müssen, und weil ein andermal eine ungeheure Menge wirtschaftlich nutzbarer Arbeitskraft derjenigen in Deutschland verloren geht, die heute unter ganz miserablen Verhältnissen zu wohnen gezwungen sind und infolgedessen eine ganz natürliche Verminderung ihrer Arbeitskraft erfahren. Es wird nötig sein, daß das Reich, die Länder und die Gemeinden die Zuschüsse für den Wohnungsbau erhöhen, damit einer der wichtigsten Produktionszweige mit seiner besonderen Bedeutung für das Wohl und die allgemeine Leistungsfähigkeit der Menschen wieder richtig in Gang gebracht wird.

## Die Streikwelle in Polen.

O. G. In der Streikfrage ist innerhalb des polnischen Eisenbahnverbandes eine Säufung eingetreten. Die Arbeiter der Bahnhofsstätten, die eine radikale kommunistische sozialistische Richtung vertragen verurteilen die Haltung des

Eisenbahnerkomites, welches der Regierung eine weitere Frist bis zum 7. März gewährt hat. Die Vertreter der Bahnhofsstättenarbeiter sind infolgedessen aus dem Eisenbahnerverbande ausgetreten und haben sich den Fachverbänden der Metallarbeiter, Bauhandwerker u. dergl. angeschlossen. Die Mehrzahl der Bahnhofsstätten streikt gegenwärtig. Der Eisenbahnmintister ordnet die Schließung der Werkstätten an. Da durch diese Maßnahme die Reparatur der Kolonialen unterbrochen werden mußte, ist eine Einschränkung des Zugverkehrs notwendig geworden. Der Vorstande der Bauhandwerker-Gewerkschaft und als Eisenbahnsührer sind verhaftet worden. Ein Anlaß der in Polen drohenden Streiks bringen die Nationaldemokraten im Sejm einen dringenden Beschlußwurf zur Streikabwährung ein. Der Entwurf unterstellt die Streikauflösung in gewöhnlichen Betrieben einer Gefängnisstrafe von drei Wochen, und auf Eisenbahnen, in Bergwerken u. dergl. einer Gefängnisstrafe von drei Monaten; die Aufforderung zum Generalstreik soll mit fünf Jahren Zuchthaus bestraft werden. Inzwischen ist der Delegiertentag der polnischen Landarbeiter zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht die Frage des Landarbeiterstreiks im Frühjahr; ferner wollen die Landarbeiter Stellung zur Richtungsführung der Agrarreform nehmen.

## Italien verzichtet auf die Beschlußnahme des Deutschen Privatentgelts.

Rom, 19. Febr. Wie Stefani meldet, hat der Ministerrat entschieden, das Recht gemäß Artikel 18 des Versailler Vertrages, dem früheren Heide gehörenden Besitz zu beschlagnahmen, nicht Anwendung finden soll auf Eigentum, das nach Auffahrt des Kriegszustandes erworben worden ist.

## Die wirtschaftliche Struktur Frankreichs.

Während die französischen Gewaltspieler bei ihren vermeilten Forderungen gegen Deutschland den Schein erwecken wollen, als ob der französische Staatsbürger bis an die äußerste Grenze mit Steuern belastet sei, zeigt das französische Staatsbudget ein ganz anderes Bild. Die Staatsentnahmen für das Jahr 1920 belaufen sich in runden Zahlen auf 58 Milliarden Franken; hiervon waren 36 Milliarden Franken durch Aufnahme von Staatsanleihen und nur 17 Milliarden Franken durch Besteuerung aufgebracht. Von den 17 Milliarden waren nur 4757 Millionen Franken Einnahmen aus direkten Steuern; das übrige, mehr als 12 Milliarden, ist aus indirekten Steuern (Konsumsteuern, Zollabgaben usw.) in die Staatskasse geflossen. Dieses Verhältnis erklärt u. a. die Hochschulzollpolitik dieses Landes. So mehren die französischen Großunternehmer, noch weniger aber die Bauern und Kleinbürger direkte Steuern zahlen wollen, so muß der Staat enorme Zölle erheben, um sich Einnahmen zu sichern. Während des Krieges und seit dem Waffenstillstand hat sich die Kasse der bestehenden Bauern um Millionen vermehrt; sowohl landwirtschaftliche wie Industriearbeiter haben in sehr großer Anzahl kleine Parzellen gekauft und die früheren Zweigeschäfte haben ihr Besitztum erweitert. Diese werden die herkömmliche Steueralterpolitik fortsetzen, was letzten Endes zwar ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen zuwidersetzt, ohne die Entwicklung der Produktionskräfte in der Industrie zu fördern, doch entspricht dies dem gewöhnlichigen Verhalten dieser Klasse. Wir müssen also mit dieser Klassensichtung Frankreichs und mit der sich daraus ergebenden reaktionären Politik für die nahe Zukunft rechnen.

## Der Siegeslauf des amerikanischen Privatkapitalismus.

J. P. Washington. Mit eiserner Konsequenz gehen die Unternehmer in Amerika gegen die Arbeiterschaft vor und lassen kein Mittel zur Niederkämpfung unversucht. Vor kurzem haben so die Eisenbahnerunternehmer die eigenen Reparaturwerkstätten geschlossen und 30—50 000 Mann ausgesperrt. Die Reparaturen werden in aufstehenden Betrieben vorgenommen. Infolgedessen müssen für die Überholung einer Lokomotive statt 4—5000 Dollars 18—20 000 Dollars bezahlt werden. Von wem? Selbstverständlich von der Allgemeinheit! Das geht so zu: Während des Krieges waren tatsächlich die Eisenbahnen vom Staat veraltet und die Privatgesellschaften offiziell ausgeschaltet. Die technische und geschäftliche Leitung der Eisenbahnen allerdings blieb in den Händen der Direktoren und höheren Angestellten der Gesellschaften. Diese ergebenen Diener des Kapitals sahen offenbar ihre Aufgabe darin, den gesamten Betrieb zu sabotieren, um so die Unzulänglichkeit der staatlichen Verwaltung darzutun. Das gelingt natürlich, und noch Kriegsende wird daraus die entsprechende Schlußfolgerung gezogen: Rückgabe der Eisenbahnen an die Aktiengesellschaften, Verstärkung der Regierung, alle während der staatlichen Verwaltung entstandenen Schäden zu erheben, und für bestimmte Zeit staatliche Garantierung eines festen Dividendenzahles, damit die Betriebe ohne Schaden für die Aktienbesitzer „saniert“ werden können. Nun mehr reagieren selbstverständlich die Bahnen. Personentarife und vor allem Frachtraten, wurden zu schwindelerhöhe Höhe hinaufgetrieben. Die Farmer jammerten, weil sie die Frachtkosten tatsächlich nicht mehr erzwingen konnten. Die Konsumtanten hungerierten bei allem Überflusse, weil in der Folge die Agrarprodukte immer teurer wurden. Die Profite aber — in der kapitalistischen Wirtschaft das einzige anerkannte Recht für die Rentabilität — stiegen und stiegen immer höher. Mit dem neuesten oben erwähnten Trichter schlagen die Eisenbahnmagnaten zwei Fliegen mit einer Klappe. Die ausgelösten Arbeiter müssen, um nicht zu verhungern, Arbeit in den Außenstehenden Reparaturwerkstätten zu den Bedingungen des sogenannten „open shop“ annehmen, d. h. auf das Koalitionsrecht verzichten.

Da — und so wird die zweite „Fliege“ geklappt — die Reparaturgesellschaften zum größten Teil von den Eisenbahngesellschaften finanziert sind, liefern die riesigen Mehrfachen, die ja der Staat zu bezahlen hat, wieder als Dividende in die Taschen der Unternehmer, die den Gemeinschaften in freier Weise „dargeboten“ sich als Meister aus der Not feiern lassen.



der den Verbandsmitgliedern das Zusammenleben mit Beamten verbieten will. Ein solches Verbot lasse sich nicht durchführen.

Die vom Verbandstag zum Verbot erhobenen Anträge besagen: Der Verband soll dahin wirken, daß im Büchentisch eine Abstimmung zur Entscheidung von Lohnstreitigkeiten festgelegt wird. — Eine Abstimmung aller Ortsvereinigungen soll aufgenommen werden. Wenn eine Statistik über die Zahl der weiblichen Ortsvereinigungen ist. — Das Verbot des gewerblichen Streiks von Beamten soll durch die Erstevertretung überwacht werden.

Eine Resolution, einstimmig angenommen, verneint auf die beabsichtigte Herstellung eines Reichstrauerlasses, auf ein in Zukunft stehendes Verbot öffentlicher Zusammensetzung am Tage der preußischen Landtagswahl, sowie auf Wahlkampfverbote in der Reichszeit. Es protestiert gegen diese Eingriffe in das Erwerbsleben der Bürger, verlangt, daß wenn die betreffenden Verordnungen erlassen oder die bestehenden nicht aufgehoben werden, die Räuber und Münzen des Reiches oder der Einzelstaaten den entgegengesetzten Arbeitsdienst erledigen bekommen.

Über das Ausbildungswesen forderte Trenckert, daß es sichere Tiefen, die Sicherheit der Entwicklung des Büfflerberufs und sichere Nachbauen der Ausbildung, daß die Ausbildung des Nachwuchses durch Einheitsmuster nicht für unbedingt notwendig, da auch diese Ausbildungsmethode Fälschungen schafft. — Der preußische Kultusminister Johann-Pfeiffer erhob die Forderung, daß eine zulässige beaufsichtigte Ausbildung gewährleistet werde durch schulmäßigen Unterricht in Lehranstalten, die dem Kultusministerium unterstehen. Diese Forderung ist in allen Einzelheiten durchgesetzt in einem Programm, welches eine Reichslandkreisversammlung unter Mitwirkung eines Vertreters des preußischen Kultusministeriums am 11. September 1920 aufgestellt hat. — A. Rennhak (Vertreter des preußischen Kultusministeriums) sprach sich über die Forderungen des Kultusministers Johann unzufrieden aus und bemerkte, alle Forderungen, die in der sozialen Ausbildung gemacht sind, sind unter einem sozialdemokratischen Minister gemacht. Die Errichtung einer sozialen Lehrersehule sei bereits angekündigt.

In der Diskussion fand das von Jahr entworfene Programm allgemeine Zustimmung und wurde nach Schluss der Debatte einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß der Verband zu den Kosten der sozialen Lehrersehule (es ist an die Errichtung der „Feststellen“ gedacht) beisteuert und daß die Mittel hierzu durch sozialistische Veranstaltungen der Mitglieder aufgebracht werden. — Unter „Frage 1“ forderte Trenckert, daß die Arbeitsverhältnisse der Büffler und trat dafür ein, daß für die Büffler, soweit sie von Arbeitgebern beschäftigt werden, nach Möglichkeit Tarifverträge geschlossen werden. — Schwiegert (Vertreter des Reichskultusministeriums) sprach sich über die Forderungen des Kultusministers Johann unzufrieden aus und bemerkte, alle Forderungen, die in der sozialen Ausbildung gemacht sind, sind unter einem sozialdemokratischen Minister gemacht. Die Errichtung einer sozialen Lehrersehule sei bereits angekündigt.

Der Bericht über das Verbandsorgan „Deutsche Büfflerzeitung“ erstattete Trenckert für die Redaktion und Wissner mit für die Geschäftsführung. Dann folgte ein Bericht von Zimmer über die Zentralstellenverteilung, dem sich eine längere Diskussion anschloß. Darauf wurden die Gehälter der Verbandsanstalten festgestellt und die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Es ergab die fol. einstimmige Niederschrift der bisherigen Vorstandesmitglieder: Frau (1. Vorsitzende), Trenckert (1. Stellvertreter), Wissner (2. Stellvertreter).

In einer Abendstunde wurden die Statutenberatung und andere Angelegenheiten ohne allgemeines Interesse erledigt und dann der Verbandstag geschlossen.

Theodor sah nach seiner Uhr. Sie wußten sich beeilen, denn die unvermeidlichen Mittagskuren waren noch eingetauscht und es schaute nur noch eine Stunde bis zur Abfahrt des Zuges. Die praktische Seite schaute vor, den lieben Einzähler Kolonialwaren einzubringen. Gisbert, der sich vor dem Büfflen und Büfflen höchste Würdigung befreit sah. Die Einläufe wurden erledigt, und das Brautpaar sah rechtzeitig im Zug und dampfte das Feuer aus.

Theodor hatte darauf bestanden, daß Frau Wissner die Tübel befehle, die sie in Gebrauch hatte, soll ihr Herz daran hing. Er hielt sie zur festgesetzten Zeit nach Breslau über und schickte sie in der Nacht an verständige, gebildete Männer an, die ihm ihre Kunden mitbrachten und die Parteischwestern lieben.

„Ach, hätte doch die Nacht verhindern können gehabt! Der junge Mann beschönigte seinen Erfolg auf das unvermeidliche. Gleich nach Feierabend ging er in sein zukünftiges Heim, daß er mit Hilfe einiger Freunde, die wie er von den mäßigen Handwerken etwas verstanden, in ein Schmiedelädchen verwandelt.

Zu den Sämmern hatte er eine sehr schöne Tapete sehr billig bekommen, weil es ein Rest war. Als tapetiert, gestrichen, gemalt war, war die Wohnung ganz lebendig. Nun sah der junge Künstler, daß die Tübel aus Friedenau kommen. Er war wenig an ihnen zu tun. Sie waren sehr solide gearbeitet. Die meisten hatte noch der alte Vater angefertigt. Als Theodor sein Rest gebaut hatte, verließ er sich mit Eifer in die gefüllten Tübel. Dieses, was in denselben stand, hatte er selbst gebaut, er hatte nur nicht die Fähigkeit besessen, seine Gedanken so kurz, knapp und frischend auszudrücken. Sein Geschäftswisß erweiterte sich im Laufe weniger Wochen, und er benutzte jede Gelegenheit, um seine Kenntnisse zu bereichern.

Als der junge Künstler an einem Abend, herzlichen Grußwörtern beim fuhr, um mit seiner geliebten Frau für das Leben verbunden zu werden, hatte er ein anderes Ziel vor den Augen, wie das, ein kleiner Meister zu werden. Berlin war überwältigt, welche Veränderung in der kurzen Zeit mit ihren Verlobten vorgegangen war. Sie sah mit Erfurcht zu ihm auf.

Das war ein anderer Mann wie Bertold Schneider, von dem das Verbot ging, daß er sich als frisch gebaute Unteroffizier gleich grobe Kriegerhandlungen hatte zu schulden kommen lassen, und der bei seinen Untergebenen so verachtet war, wie der Gottseligkeit.

So alle Angehörigen des Brautpaars und die intimsten Freunde am Abend waren froh, daß sie wieder zu

## Brennende Speicher.

Von Dr. Alfred Strümmer.

Im reichen Amerika verbrennt man Korn, weil es im Preise lieber steht als die Kohle. Dort werden mit Baumwolle gefüllte Speicher in Brand gesteckt, um die Preise aufzubessern. In Mitteleuropa, besonders in Deutschland und Österreich reicht das Brot nicht aus und fehlt die Baumwolle, um die notwendigsten Belebungsstücke herzustellen zu können. Millionen Arbeitskräfte liegen brach, den Schiffen fehlt es an Frachten, in den Haushaltsspielen der Nationen fließen riesige Defizite, Zahlenträge, für die vergeblich Deckung gesucht wird. Wo liegt die Ursache der durchbaren Störung? Zwischen den Korn und Baumwolle erzeugenden Farmern Amerikas und den auf diese lebensnotwendigen Gütern angewiesenen Arbeitern Europas führt bislang keine Verbindung, die den Ausgleich in der Wirtschaftsbetreibung herzustellen vermag. Der Welthandel, der sich diese Aufgabe gestellt hat, veragt, er verzögert zwar über gefüllte Lagerhäuser, läßt aber doch die Arbeitsswillingen hungern und sterben. Den Arbeitsswillingen aber verwehrt das Gesetz, sich anzueignen, was ihnen fehlt; es muß es tun, um die „Ordnung“ zu erhalten.

Weil der allmächtige Handel nur im eigenen Interesse handelt und spekuliert, und weil dabei die Arbeiterschaften der Völker bittere Not leiden müssen, kann diese nur überwunden werden, wenn das Eigentum des Handels dem volkswirtschaftlichen Interesse Platz machen muß. Wir brauchen Brot, Butter, Rohstoffe, die in anderen Ländern überreichlich vorhanden sind. Über, sagt man uns, wir seien arm, um sie kaufen und herholen zu können. Ist das wahr? Ist ein Volk arm, das eine Million und mehr Hände, fleißige und geschickte Hände frei hat, die arbeiten können und wollen? Seht hin, sendet Voten doch hin, wo Getreide und Baumwolle verbrannt werden, und fragt sie, was ihnen die deutschen Arbeiter dafür geben können! So reich an Gütern, doch sie feinerlei Bedarf mehr haben, sind z. B. diese amerikanischen Farmer sicher nicht! Redet nicht von Geld und Valut! Nehmt Waren in die Hände und rauscht sie gegen das, was wir so bitter dringlich brauchen. Weil der Geldhandel verzögert, für den der Handel Spekulation ist, darum sollen arbeitsfähige Völker hunern? An der Arbeiterschaft selbst liegt es, ihre Macht einzusehen, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zur Hilfe zu nehmen.

Die Warentauschgesellschaften brauchen nicht erst erkannt zu werden, sie sind bereits da, aber sie müssen in den Dienst einer großen nationalen Bedarfssicherungsmittel gestellt werden als soziale Handelsunternehmungen. Es ist Sache der Regierung und der Gewerkschaften, den Warentausch großzügig in die Hand zu nehmen, mit den amerikanischen Farmerorganisationen und anderen zu verhandeln und statt Preise mit freieren Preisen direkt Bestellungen auf deutsche Waren anzunehmen.

Ein internationales Arbeitsamt ist ins Leben gerufen worden, aber ein internationales Warentauschamt ist nicht weniger bedeutungsvoll. Seine Aufgabe würde es sein, Lieferfluss und Wandel in der gesamten Weltwirtschaft auf Grund genauer Beobachtungen festzustellen und den Ausgleich zu veranlassen mit Hilfe eines sozialen Weltkonsenses. Heute ist der Welthandel in außerordentlich hohem Maße ein Spekulationshandel, an dem sich nur Händler beteiligen können, die die Marktlage mit völliger Entschlußfreiheit auszumachen in der Lage sind.

Die in jüngster Zeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei getroffenen Tauschabmachungen, Buletz gegen Kohle, auch die Vereinbarungen mit Holland zeigen, daß der Weg des sozialen Tauschhandels praktisch beschritten werden kann. Hingewiesen ist auch auf die Tätigkeit der mit deutsch-amerikanischem Kapital gegründeten „Amstea“, die amerikanischen Schiffbauanstalt gegen deutsche Kleineisenwaren zu tauschen begonnen hat.

Die Mutter hatte ihren Liebling brüderlich geschmückt. Die junge Braut trug ein Kleid von feinem, schwarzen Wollstoff, den Markt unter dem Selbstkostenpreise an Theodor verkaufte hatte, ihren weißen Haß unendlich ein schmaler Spangenkragen, ihr schönes Haar schmückte der jungfräuliche Kranz, von dem der weiße Schleier in jüngster Zeit die Eltern abzulegen.

Die Mutter hatte ihren Liebling brüderlich geschmückt. Die

junge Braut trug ein Kleid von feinem, schwarzen Wollstoff, den

Markt unter dem Selbstkostenpreise an Theodor verkaufte hatte, ihren

weißen Haß unendlich ein schmaler Spangenkragen, ihr schönes Haar

schmückte der jungfräuliche Kranz, von dem der weiße Schleier in

jüngster Zeit die Eltern abzulegen.

„Buletz, du siehst wohl schon den Himmel offen!“

„Den Himmel auf Erden wollen wir uns gegenseitig schaffen!“

Unter feierlichem Glockengeläut sah sich der Hochzeitzug in Bewegung. An der Kirchenstufe erwarteten die drei jüngsten Töchter des Brautmeisters das Brautpaar. Die Mädchen waren weiß gekleidet und mit rosa Schärpen und Kordeln von Krebsblüten im Haar geschmückt. In den Händen hielten sie Körbchen von Silberdraht, in denen die leichten Krebsblüten dastanden. Mit den gattenwürdigen Kindern Flores bestreute sie den Weg des Brautpaars.

Eine so zarte Kusserkönigin war in Krebsenau ganz neu. Die Schaulustigen, die sich in großer Menge eingefunden hatten, sahen Frau Wissner, die hochmütige Frau Berthe und Lenz, die Schönheit aus der „Goldenen Sonne“, hatten sich eingefunden, waren so erstaunt darüber, daß sie sich gar nicht berühren konnten.

Der Pastor hatte den Text gewählt: „Du du hingehst, da will ich auch hingehen!“ Seine Worte kamen von Herzen und gingen zu Herzen. Es war eine schlichte, wahrdevolle Feier.

Als der Hochzeitzug unter den Klängen der Orgel die Kirche verlassen wollte, trat die Baroness an das Brautpaar heran und sagte mit lauter, klarer Stimme:

„Ich wünsche Ihnen von Herzen Glück. Liebe Frau Gisbert! Ihnen aber, Herr Gisbert, muß ich zehnmal Glück wünschen, denn Sie haben eine wirklich gute, lächlige und verständige Frau erworben. Ich brauche es Ihnen nicht erst ans Herz zu legen, daß Sie Berthe in Ehren halten sollen, denn Sie wissen ja, daß Sie einen Edel an ihr haben. Liebe Frau Gisbert, wenn Sie mal einen Tag zu mir kommen möchten, kann ich Ihnen dann erzählen, wie Sie

Wenn wir allerhöchstes nach den Vereinigten Staaten g. B. irgendwelche deutschen Erzeugnisse bringen wollen, die dort selbst ebenfogut und preiswert hergestellt werden, so würden wir mit unseren Tauschwaren gegen amerikanisches Getreide, Petroleum, Baumwolle oder Kupfer nichts anderes tun als amerikanische Industriearbeiter freilassen. Das tut ja der freie Export und Importhandel. Nur auf dem Wege der Verständigung nach volkswirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen kann der Welthandel ein Warentauschverkehr werden, der verhindert, daß wirtschaftliche Ungehorsamkeiten, wie sie sich in Krisenzeiten heraugebildet haben, auch in Zukunft wieder erscheinen können. Die Tatsache, daß amerikanische Farmer dem deutschen Volk Möglichkeit und Lebensmittel zum Geschenk machen, zeigt doch deutlich genug, daß sie die Widerständigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftslage voll begreifen. Nehmt deutsche Spielwaren, Musikinstrumente, Glas- und Porzellanwaren und fragt den amerikanischen Farmer, ob er sie gegen Getreide nehmen will? Von Kali gar nicht zu reden. Heute verkauft sowohl die Standard Oil ihr Petroleum als das deutsche Reichsamt sein Kali gegen Deutschen.

In der Weltwirtschaft fehlt die Arbeitsteilung, Kapitalistische und nationalistische Interessen führen zu Ablenkungen der Wirtschaftssöldner gegeneinander, anstatt daß sie sich zu gesellschaftlicher Zusammenarbeit finden. Je mehr Menschen da sind, die in seltener Arbeitsteilung produzieren können, desto größer wird die Zahl von Genuss- und Gebrauchsgütern, die jeder einzelne erwerben kann. Überproduktionen sind bei dem Niederschlag der Menschheit eine völlige Unmöglichkeit. Deshalb müssen wir uns für die Förderung einsetzen, daß das internationale Proletariat die Schaffung eines Warenaustauschamtes erzwingen muß, das in dem Chaos der kapitalistischen Gütererzeugung die Wege für den Ausgleich zeigt.

## Kleines Feuilleton.

### Wie man den Nebel wiegt.

Zur Zeit der Hochsnebel machen sich in England, dem Klassischen Nebelland, schwere Erscheinungen des Verkehrs bemerkbar. Im Kampf gegen dieses Nebel hat man jetzt neue Fortschritte gemacht und ist dazu übergegangen, den Nebel zu wiegen, um seine Dicke und Schwere wissenschaftlich festzustellen. Der Erfinder der „Nebelwaage“ ist Dr. J. S. Owens, der technische Berater der englischen Kommission zur Bekämpfung der Unreinigkeiten in der Luft. Harold Vale schreibt die Arbeit dieses Nebelbeobachters und seinen Apparat in einem Londoner Blatt. Dr. Owens, der sich seit langem mit dem für London so besonders aktuellen Problem der Luftverunreinigung und des Nebels beschäftigt, ist nach vielseitigen Versuchen nun so weit gekommen, daß er das Gewicht des Nebels genau berechnen kann. „Mein Apparat“, so erklärt er, „ist mit genau an, wann ein Nebel beginnt und wann er aufhört, unterrichtet mich über die Zeit der größten Dicke und sagt mir voraus, ob morgen wieder Nebel sein wird.“ Der Apparat ist ebenso kompliziert wie einfach. Sein Prinzip besteht darin, daß er mit Luftabzügen, die reguliert werden müssen, eine bestimmte Menge Luft durch ein Stetzerpapier in sich zieht. Der reine Luft hinterläßt keinen Schmutz; die neblige Luft aber ist mit Schmutz gesättigt ist, hinterläßt auf dem Papier eine schwarze Schmutz. Der Grad der Schmutzgegenwart zeigt nun den Grad der Nebeldicke an, und dadurch ist es möglich, den Nebel zu messen und zu wiegen. Owens wird seine Messungen den ganzen Winter in genauester Form durchführen und glaubt im Fehlgen in der Vogt zu sein, die über London lossternen Nebelwogen exakt anzugeben. Mit Staunen und Schrecken werden dann die Londoner erfahren, welche unglaubliche Mengen von Staub und Schmutz sie den Winter über in ihre Lungen aufgenommen haben. Diese Erkenntnis aber wird hoffentlich dazu führen, daß man das einzige Mittel gegen den Nebel energisch durchführt, nämlich die Benutzung von saubarem Brennmaterial. Dadurch werden nicht nur Gesundheit und Verkehr in London verbessert, sondern auch große Einsparungen gemacht werden, denn unglaubliche Mengen von Kohlen gelangen bei den leichten Feuern ungezügelt in die Luft.

an mich, und und wenn,“ hier dämpfte sie ihre Stimme zu einem nur für Bertie verständlichen Flüstern, „wenn der kleine Junge kommt, will ich Bertie sein, und er soll Edgar heißen!“

Sie schüttelte dem Brautpaar herzlich die Hand und schritt aus der Kirche. Der Ritterknecht hielt ihr die Hand hin, im Augenblick war sie im Sattel und in den nächsten Minuten sprengte sie davon.

„Was hat die Baroness zu dir gesagt, Welberlet?“ fragte der junge Herrmann. „Du bist so rot geworden.“

„Ach, du kennst sie ja,“ antwortete Bertie auswischend. „Sie muß sich doch immer mit den Freuden beneiden.“

„Die Minna ist vor Niedl brennlich vergangen, wie die Baroness die schöne Ansprache an unsere Beretel gerichtet hat.“ bemerkte Frau Wissner mit großer Genugtuung. „Sie ist ganz grün im Gesicht geworden.“

„Der alte Niedlhammel!“ sagte Vater Gisbert verächtlich. „Sie sehen die Kinder bloß schmutzig aus! Gleich anheben und nicht die Beretel, nicht man sprechen!“

„Ach, der Theodor sieht doch aus,“ ergegnete Mutter Gisbert vor Glück strahlend. „Die beiden geben sich nichts. Ach, jetzt, ob auch die Ursula und sie hat nichts anbrennen lassen? Ob sie hat nicht die Suppe zu sehr runtergesogen? Das Nöhl zu der Bratentorte röhre ich nächster selbst in die Milch. Sie drängt sich alles Volk um die Bratentorte und sie müssen ihnen still halten. Jetzt läuft man doch darüber, daß man das nicht machen darf.“ Jetzt läuft man doch darüber, daß man das nicht machen darf. „Die Beretel hat mich über sagen, sie haben sich alle sehr nobel gemacht. Meine Beretel hat höchst von der ganzen Rundschau sehr schöne Hochzeitsgeschenke bekommen. Vater Gisbert, ich möchte gern schnell heimlaufen. Ich habe gar zu große Blöße um uns zu geben.“ Ja, wenn die Beretel dabei aufgezogen waren, über das hat die Beretel ja mich gelitten. Sie hat aufgezogen, an ihrem Schenking darf ihre beste Freundin nicht in die Kirche lehnen.“

Vater Gisbert, der sich schon auf den festlichen Schmuck freute, sah die Ansicht der Frau Wissner sehr verständig und sagte bestürzt: „Sie laufen Sie nur in Gotteshäusern heim, Mutter Gisbert. Sie sind meiner Seele die verantwortigste Frau, die mir je vor den Augen gewesen ist!“

Ursula hatte zum Glück nichts versehen, und die Hochzeitsgeschenke dem Schmuck alle Ehre an. „Gottseliges Leben!“

# Danziger Nachrichten.

## Leuerungsgezüge auf den Werften.

Der Senat hat bekanntlich eine Brotpreiserhöhung von 60 Pf. ab 21. Februar 1921, sowie eine Erhöhung des Zuerpreises beschlossen und die Unternehmer erfuhr, dass Erhöhung der Lebensmittelpreise durch Leuerungsgezüge auszugleichen. Die führenden Firmen des Verbandes der Danziger Metallindustriellen Altwilster und Schichau haben durch Anschlag bekannt gemacht, dass allen betreuteten Arbeitern eine tägliche Leuerungsgezüge von 1 Mark und allen ledigen eine solche von 0,35 Mk. ab 21. Februar 1921 gewährt wird.

**Die Danzig-polnischen Konventionsverhandlungen.**  
die am Sonnabend nachmittag auch in Danzig durch Ansprachen des Senatspräsidenten Sohm und des polnischen Unterstaatssekretärs v. Bluginoi eröffnet wurden, haben gestern nachmittag zu einer sachlichen Beratung über die Arbeitsentstaltung geführt. Die eigentlichen Beratungen sollen am Donnerstag in Warschau beginnen und dann Anfang der kommenden Woche in Danzig fortgesetzt werden. Nach den monatlichen Vorbesprechungen sowohl in Danzig als auch in Warschau mühte nunmehr auch ein stürmloser Verlauf der Verhandlungen erwartet werden können. Notwendig wäre es jedoch, dass sich die berufenen Stellen eine bessere Information der Öffentlichkeit angedeihen lassen und die für die Öffentlichkeit bestimmten Berichte nicht erst derart verspätet herausgeben, wie es leider mit den am Sonnabend zur Eröffnung gehaltenen Ansprüchen geschehen ist. Wenn wir auch von deren Veröffentlichung absiehen können, da sie sich im allgemeinen Rahmen bewegen, so muss doch erwartet werden, dass die überhaupt sehr im argen liegende Unterrichtung der Presse durch die Behörden gebessert wird.

### Keine Anwerbungen für eine amerikanische Fremdenlegion.

In ihrer Ausgabe vom 11. Februar haben die „Danziger Neuesten Nachrichten“ eine Notiz über angebliche Werbungen in Pommerschen und Polen für eine amerikanische Fremdenlegion gebracht. Es wurde ferner gemeldet, dass die Abtransporte in Danzig zusammengestellt werden sollen. Wie uns vom amerikanischen Konsulat mitgeteilt wird, entbehrt diese Nachricht jeder Grundlage, was schon aus der Tatsache hervorgehen sollte, dass das amerikanische Heer keine Fremdenlegion besitzt und die Anwerbung von Ausländern nicht zulässt. Eine Rückfrage bei der amerikanischen Gesandtschaft in Warschau hat, wie zu erwarten war, die Antwort ergeben, dass kein Vertreter oder Agent der amerikanischen Regierung in Polen für das amerikanische Heer zu werben versucht hat. Es wäre höchst bedauerlich, dass solche Gerüchte ohne vorheriges Befragen der hiesigen amerikanischen Stellen in Umlauf gesetzt werden, denn leider ist es in den letzten Tagen vorgekommen, dass junge Leute von auswärts nach Danzig gereist sind, um sich anwerben zu lassen. Außerdem erhält das Konsulat nicht nur aus Danzig sondern auch aus Ostpreußen und anderen Teilen Deutschlands zahlreiche Anfragen. Aus diesem Grunde wäre es erwünscht, dass diese amtliche Mitteilung im Interesse der jungen Leute selbst eine möglichst weite Verbreitung finde.

**Wirtschaftsamt und Ernährungsamt.** Das Wirtschaftsamt schreibt: Es scheint unter der Bevölkerung Unklarheit darüber zu bestehen, welche Aufgaben das Wirtschaftsamt und welche Aufgaben das Ernährungsamt der Stadt Danzig hat. Es sei bemerkt, dass das Wirtschaftsamt und das städtische Ernährungsamt Danzig zwei voneinander getrennte Behörden sind. Das Wirtschaftsamt hat die allgemeine Frage der Ernährung und insbesondere die Art der Bewirtschaftung zu erledigen, während die Ausführung der Anordnung, insbesondere die Art der Verteilung von Lebensmitteln, die Kontrolle des Markensystems, die Abwicklung der Geschäfte mit den Händlern, den einzelnen Kommunalverbänden, d. h. in der Stadt Danzig dem städtischen Ernährungsamt obliegt. Herr Stadtpräsident

### Danziger Stadttheater.

Walter von Molo: „Die Gelösung der Ethel“.

Zum ersten Male in Danzig lernten wir den Dramatiker Walter von Molo kennen, den Verfasser der vielgelesenen Romane „Luise“ und „Friedericus“, die er mit dem Blut ehrter Historie erfüllte. Und es lässt sich nach dem mindestens zweifelhaften „Gelösung der Ethel“ nicht leugnen, dass er von Friedrich Schiller, dem er in seinem zweibändigen Romanwerk ein schönes Denkmal setzte, für seine dramatische Mission ein gutes Stück mitbekommen hat, nämlich den Unterricht für das, was von den Vetttern herab wirkt. Auch sprachlich schlägt er oft eine scharfe und handhabbare Sprache.

Der Abend war gleich interessant für den Theatertreund, der erwartet höchst angespannt reichlich auf seine Kosten kam, wie für den Literaturfreund, der auch bei gemischten Gefühlen auch von diesem Molo die Überzeugung mitnahm: er ist einer, der weiß, was er will, er ist eine erinente Willenskraft, ein zäher Krieger, einer, der unerschöpft, ob es vielleicht daneben geht, darauf auszuschlagen (wenn er trifft sprühen Funken), einer, der gebanntlich gladiert ist in Hochspannung, einer, der ein Stück echten Lebens zu geben vermag (ein bisschen, grobster, fiktiver, trivialer, knosauster Dichter); oder vielleicht gerade deshalb lebenstreich.

Seinen Roman „Wallfahrer zur lieben Frau“ hat Molo den Stoff zu der Tragödie entnommen. Zwei Besitzer begehrn die gleiche Frau, die dem einen von ihnen als Gattin gefolgt ist, ohne ihn zu lieben. In dem Augenblick aber, da sie sich zur Kraft durchzurufen hat, die Lüge ihres Lebens zu tilgen und dem Schöpfer, dem ihre ganze Liebe gilt, zu folgen, da dieser in übermenschlicher Kraft den Kampf gegen die inneren und äußeren Hemmnisse aufzunehmen und durchzuführen bereit ist, reicht sich das Schicksal grauenhaft gegen die Menschen auf: Sie dürfen sich nicht angehören, denn sie sind — Geldwüster. Taran bricht die Frau, deren Kraft schon an dem Entschluss, ihre Ehe zu lösen, erschöpft ist, zusammen und sucht den Tod. Über diesen Vergang hinaus sucht Molo die Erweiterung des Rätsels der menschlichen Kraft. Was ihm im Roman glänzend gelang: fortreichende Gestaltung des Vorganges, die Legung der feistlichen Art, Klarheit und Überzeugung der Notwendigkeit des Geschehens, davon bringt sein Drama mit Einzelzüge. Immerfort wird der Dramatiker gehemmt vom Erzähler, der Dialog zerbrochen von Schilderungen dessen, was sich dramatisch entwickeln soll, Bericht folgt auf Bericht und so bleibt statt der Entwicklung eines dramatischen Ganzen nur eine konstruktive von

Briewitz ist lediglich Vorstand des Wirtschaftsamtes und hat mit dem städtischen Ernährungsamt nichts zu tun. Vetter des städtischen Ernährungsamtes ist Herr Magistratssekretär Zareckow.

**Brotpreis.** Wie der Magistrat in der heutigen Nummer unserer Zeitung bekanntmachte, ist für das auf Brotpreisen abgebende Roggen- und Weizenbrot mit Wirkung vom 21. Februar ein einheitlicher Brotpreis von 2,40 Mark für das Kilo festgesetzt worden. Um Unzulänglichkeiten vorzubürgern, ist bestimmt worden, dass das Auslandswarenmehl nur zur Herstellung von Gemüse verwandt werden darf, während aus dem gegen Marken gelieferten Auslandswarenmehl nur Brot im Gewicht von mindestens 1 Pfund hergestellt werden darf.

**Eine Sandmauer bei Memel.** Die Dienststelle der Monolithität zu Königsberg trifft der Handelskammer mit, dass auf dem Industriegelände der Zellulosefabrik in Memel ein neuer Steinerner Schornstein errichtet ist, der von See aus gut reichen werden kann und für die Versicherung von Memel eine gute Wandoberfläche bildet. Die Höhe dieses Schornsteins über Mittelwasser beträgt 100,83 Meter und die Höhe über dem Erdhoden 100,88 Meter. Ungefährs Sage: 66 Grad 41 Minuten 56 Sekunden N; 21 Grad 8 Minuten 22 Sekunden O.

**Um Gewerbeleistungserhöhung** sind in der Woche vom 7. Februar bis 12. Februar 1921 in der Stadt Danzig einschließlich der Gemeinden Ohra und Emkau gezählt worden 118 184,24 Mark am 1887 Personen. Außer den Gewerbeleisten der Gemeinden Ohra und Emkau hielten beim Gewerbeamt der Stadt Danzig noch die Gewerbeleisten der Gemeinden Bürgerwiesen, Gr. und Kl. Waldorf, Wonneberg und Schönfeld. Die von diesen Gemeinden gezählten Unterstellungen sind in der obigen Summe nicht einbezogen.

**Eine Gedenkfeier** für die im Kriege gefallenen Gutttempler wurde am Sonntag vormittag im Gutttempler-Bogenhaus feierlich eingeweiht. Die Weiherede hielt Prof. Bierau. Die Feier wurde durch Gesangsvorführungen sehr stimmungsvoll eingehalten.

**Die Schuhmacher-Preise** werden, wie die Schuhmachersinnung im Interessenteil bekannt gibt, infolge des neuen Lohntarifes vorerst in bisheriger Höhe beibehalten.

**Stadttag** (Duz. Sieber- und Klemend): Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Schiffchenhaus. Die für den Viererabend der Sommerlägerin Erna Denera ausgegebenen Karten des Arbeit-Meldungsausschusses haben ohne Aufschlag für heute Gültigkeit.

**Ringkämpfe im Scala-Theater.** Den gestrigen Kämpfen ging eine Vorführung der japanischen Selbstverteidigung, Ju-Jitsu, voran. Herr Hansen-Esche und Herr Schmitz zeigten eine Anzahl Griffe und Verteidigungen dieser gefürchteten Kampftechnik. Herr Hansen-Esche beherrschte Angriiffe wie auch Parade in geradezu meisterhafter Weise. Diese Ju-Jitsu-Demonstrationen waren auch für den Betrieb von außerordentlichem Interesse und großem Wert. Sie zeigten, wie unter gewissen Umständen durch Geistesgegenwart und Gewandtheit auch ein schwächerer Mensch seinen stärkeren Gegner kampffähig machen kann. Im Einklasse wurden Vorführungen der Gelehrte oder Knochenbrüche das Resultat der Wehrlosmachung sein. Diese Kampftechnik wurde auch der Polizei von grohem Wert sein. Die Darbietungen brachten Herrn Hansen-Esche reichen Beifall. Es war jedoch nicht einzusehen, warum Herr Schmitz immer wieder durch starke Gesten auf das Schmerzende der Angriiffe hinwies. Dadurch litt der Gesamteinindruck sehr. — Der erste Kampf wurde zwischen Petition-Berlin und Steuern-Unterwerken ausgetragen und endete nach 15 Minuten 15 Sekunden mit dem Sieg Steuern. — Der zweite Kampf bildete eine wüste Rauferei zwischen Urbach-Köln und Schmitz-Dortmund. Die zum Kämpfern des Publikums noch 20 Minuten unterschieden abgebrochen werden musste. — Als letztes Paar betreten dann der fränkische Riese Warack und Hirsch-Lipsig die Matte. Nach 4 Minuten erledigte Warack seinen Gegner. Solche Kämpfe von ungleichwertigen Gegnern machen auf das Publikum nur einen humoristischen Eindruck.

**Vermüllisches Diebesgut.** Gelegentlich einer Durchsuchung wurden von der hiesigen Kriminalpolizei 2 goldene Damenuhren (1 Uhrdeckel mit Emailleblumen), 1 Krönungstaler (ausgelegt als Brosche), sowie eine silberne Münze beschlagnahmt. Vermüllisch röhren diese Sachen aus einem Diebstahl her. Zweckdienliche Nachrichten sind zu richten an die Kriminalpolizei (Erkennungsdienst) Polizeipräsidium, Zimmer 75.

**Eugen, die, von der Hand eines zweifellos echten Dramatikers** gestaltet, sich nicht zur Kunstrichtung als solcher auswachsen. Und so sind auch die dramatischen Wirkungen meist erkonstruiert, erreicht. Was im Roman echt und ursprünglich ist, wirkt auf der Bühne hart und unnatürlich, auch die Oldwigsten, im Raum vieler dichterischer Schönheiten und sprechlichen Schwunges, lieben hier nur den Dichter, der der Dramatiker demnach nicht ganz zu erdrücken vermag.

Hermann Metz, als Schioldner, der seine Rolle als Monsignore nicht ordentlich gelernt hatte, (auch einer meiner besten Lehrer, im Sinne von „Führer“, hatte bei einer Aufführung im Hotel nicht überzeugend dargestellt), hält sich eine Klappe im Hinterkopf, kommt über legereinige Schioldnerei hinweg und kommt nicht zu Molo, der seine Menschen nicht mit dem Schicksal kämpfen und daran zerbrechen lässt, sondern die Grenzen ihrer Kraft zeigen wollte. Metz brachte, und dies zuweilen gut, wohl mit den Bildern, Bewegungen, Worte, Aktionen vom Schioldner bis zum Bergweitungsreich des erprobtesten Menschen, der die Fesseln seines Menschen sprengen und ins Übermenschsein hinausziehen will, was der Houch zu späteren Metz zufrieden Molo in eine glücklich überwundene Literaturepoch und macht ihn beinahe un interessant und langweilig. In der Einzeldarstellung fehlt vor allem die innere Begeisterung für die Rollen, die erst durch tieferes Verständnis für das Wesen der Dichtung kommt, also ein sehr eingehendes geistiges Studium vorausgeht. Bewusst oder unbewusst traf Sothar Böhning da den besten Ton und Stil für den Schioldner als irdischer Gesangsart, wenn er auch das Vissiärt eines Iphigenie-Romanen. Noch mehr, den Fanatismus des Frechheit-Bottenden und Erbjuden vielstock vermissen lässt. Die Ethel liegt Dora Ottenburg wenig, aber das Gequälte und freuenhaft Schwärme, Hilflos, das sie Zuflucht zum Freitod nehmen lässt, gelang ihr recht gut. Die bei weitem schwierigste und ungewöhnlichste Rolle ist der Fratz, den Ferdinand Weisert (in der Rolle eines bösen Widersachers), leider meist in Theater versauten ließ, statt Romantik und Realistik verbindend nichts als einen Sirnenmenüchen zu zeigen, der sich mit allen Mitteln gegen einen Verlust wehrt. Viel feine und innere Kunst hat Frieda Regnald, aber in der Ethel die Grenzen des streng künstlerischen nicht immer wahren. Eine gemessen und vornehme Leistung war der alte Pfarrer Karl Klemers.

Das sich als Refleg der menschlichen Kampfe außerhalb der Szene austobende Gewitter war von einer geradezu schmerzhaften Unnatürlichkeit.

## Der Aufklärung des Fremdenrechtes ein Aufmerksamkeits.

**Die Erinnerungen** in der Wardsch. Raumkunst, Schlesierweg 1, sind noch nicht abgeschlossen. Für den weiteren Verlauf der Erinnerungen ist von großer Wichtigkeit, dass die Personen sich messen, die geschenkt haben, dass eine zahlenliche Summe des Grundstücks Schlesierweg 1 am Sonntag, dem 20. Januar in der Zeit von 10-12 Uhr abends und am 21. Januar morgens von 8-9 Uhr betreten kann, dass sie verlassen hat. Es wird gebeten, zweidimensionale Angaben, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, unverzüglich an Kriminal-Kommissar Hoppe, Polizeipräsidium, Zimmer 78 gelangen zu lassen.

**Die Weichselmühle** Wirtschaftsmühle, sowie andere ähnliche Mühlen waren Gegenstand einer Versammlung, die am Sonntag nachmittag in der Strandhalle in Weichselmühle stattfand. Die letzte Stadtverordnetenversammlung hat bestimmt, die Fährverhältnisse 20.000 Mark bewilligt. Die Versammlung nahm eingehend dazu Stellung. In der vorigen Versammlung wurde zum Ausdruck gebracht, dass die vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung bewilligten Mittel in letzter Hälfte genügt. Es wird verlangt, dass eine den heutigen Gewerbeleistungen entsprechende Fährverbindung (Motorschiffahrt) geschaffen wird, welche Tag und Nacht in Betrieb gehalten werden soll. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme. Die am 20. Februar 1921 in der Strandhalle Weichselmühle statt befindliche Versammlung ist der Ansicht, das Fährbetrieb, Abgeben und Überdeckung der Fähre unzweckmäßig sind. Die Versammlung verlangt, dass jodalo wie möglich andere Fährverhältnisse geschaffen werden müssen, doch der Personenverkehr geändert und eine Motorbootfahrt eingerichtet wird, die Tag und Nacht in Betrieb zu halten ist. Gleichzeitig verträgt die Versammlung, dass eine Fähre für Personen- und Fuhrwerksfahrt in Betrieb gesetzt wird. Falls diese Forderungen keine Verabsichtung beim Magistrat haben, behalten sich die Weichselmühler Einwohner und Interessenten vor, andere Maßnahmen zu ergreifen. — Beschluss wurde, zur Sicherung und Hebung des Verkehrs einen Fährverein zu gründen und wurde zu diesem Zweck ein Fährausschuss von 14 Personen gewählt.

**Polizei-Bericht vom 22. Dezember 1921.** Vorhaft: 16 Personen, darunter: 9 wegen Diebstahls, 1 wegen Hohlerel, 1 wegen Hausfriedensbruchs, 1 wegen Trunkenheit und Sachbeschädigung, 2 zur Verhaftung aufgegeben, 2 in Polizeihaft.

## S. P. D. Parteinaachrichten.

**9. Bezirk:** Am Freitag, den 25. Februar, abends 7 Uhr, im „Platten Tonnen“. Am Samstag 10: Bezirkversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Gen. Weiglein wird einen Vortrag über „Eine Weile nach Weißnord“ halten. Außerdem Parteianlagenten. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Sichtbildeventräge** in Beken, Neufahrwasser, Weichselmühle und Lauental. Heute, Dienstag, nachmittag um 6½ und abends 7 Uhr finden in Beken im Hotel Fromm, Danziger Straße, Sichtbildeventräge statt. Um 6½ Uhr für Kinder, um 7 Uhr für Erwachsene. Für die Kleinen werden Märchen und lustige Sachen vorgeführt. Für die Erwachsenen werden Bilder aus der Natur und dem Tierleben gezeigt. Die gleichen Vorträge finden am Mittwoch um 6½ Uhr und 7 Uhr in Neufahrwasser, bei Pengis, in der Albrechtstraße 19, statt. Am Donnerstag um dieselbe Zeit im Hotel Wittner, Weichselmühle, Festungstraße. Freitag in Lauental, im Lauentaler Hof. Zahlreicher Besuch ist zu empfehlen. Karten an den Abendkassen. Kinder 50 Pf., Erwachsene 1 Mark.

**Verein Arbeiter-Jugend Danzig.** Morgen, Mittwoch abends 7 Uhr findet im neuen Jugendheim ein Heimabend statt. Das neue Jugendheim befindet sich in der Reileckstraße, Weidengasse, 11. Stock Zimmer 81. Alle Freunde und Freunde sind zum vollzähligen Besuch herzlich eingeladen.

## Standesamt vom 21. u. 22. Februar 1921.

**Todesfälle:** Gerichtssekretär Viktor Jablonowski, 49 J. 5 M. — T. d. verstorbenen Arbeiters August Stegmund, 1 J. — Buchhalter Adolf Schienemann, 66 J. — Rentiere Margaretha Hein, 78 J. 10 M. — S. d. Kaufmanns Moritz Sturz, 2 L. — Witwe Emilie Bartsch geb. Hennet, 66 J. 9 M. — Frau Betty Schlicht geb. Schlicht, 85 J. 4 M. — S. d. Schmiedegesellen Johannes Schol, 12 L. — S. d. Drogierliebhabers August Matthias, 6 M. — Witwe Karoline geb. Halsch, 78 J. 2 M. — L. d. Händlers August Kipmann, 7. W. — L. d. Fleischmeisters Viktor Schwedowski, 1 L. — Kraftwagenfahrer Joseph Ohnasti, 44 J. 1 M. — Kapellmeister Max Dahms, 59 J. 6 M. — Achim Geritius Grünberg, 30 J. 1 M. — Tafelgehilfe Gustav Brandt, 48 J. 7 M. — Witwe Justine Pfeifer geb. Friedrich, 60 J. 6 M. — Frau Grete Grodmann geb. Rohn, 38 J. 3 M. — S. d. Kaufmanns Oswald Budrus, 5 M. — S. d. Geschäftsbüro Eugen Schröder, 1 J. 2 M. — S. d. Monteur Jacob Rieben, 6 M. — S. d. Arbeiters Stanislaus Mazur, folgend. — T. d. Expedienten Kurt Gildner, 2 J. 11 M. — Frau Hedwig Hufnagel geb. Musahl, 38 J. 2 M. — T. d. Kutschers Franz Konkel, 3 M. — Frau Amalie Gehr geb. Plins, 70 J. 6 M. — Frau Auguste Gobowski geb. Reißler, 55 J. 10 M. — Unbekannt: 1 S. 1 L.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

Deutsche Mark (Auszahl. 71)	71	(am Vortage 71½-72)
Dollar	58½	( " 62½-63½)
Englische Pfund	23½	( " 28-40)
Frank	4,34	( " 4,45)
Deutsche Mark	10,10-10,15	( " 10,20)

## BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

	Wasserstandsnachrichten am 22. Februar 1921.	gestern	heute
Zawidz	+	+	+
Worlitzau	+	+	+
Thorn	1,03	0,94	+
Kordon	0,98	0,80	+
Kölm	0,90	0,82	+
Brudenz	1,07	0,84	+

### Brothöchstpreis.

Durch Verordnung des Senats der Freien Stadt Danzig vom 14. Februar 1921 — veröffentlicht in Nr. 19 des Staatsanzeigers für Danzig — ist für das gesamte Gebiet der freien Stadt Danzig für das auf Brotmarken abzugebende Roggen- und Weizenbrot mit Wirkung vom 21. Februar 1921 ein einheitlicher Höchstpreis von 2,40 Mk. für das Brot festgesetzt worden.

Zur Vermeidung von Ungenüglichkeiten wird bestimmt, daß aus Auslandswizenmehl nur Semmeln, und aus dem gegen Marken gelieferten Inlandswizenmehl nur Brot im Gewicht von mindestens 1 Pfund hergestellt werden darf.

Danzig, den 21. Februar 1921. (3770)  
Der Magistrat.

### Verkauf eines Drahtzaunes.

Den Drahtzaun am Motlauwall unter vom Werderort bis zur Kleinbahn (ferne Zonnestraße und vorbereitete Elsentelle) bedrohlichen will, nach Maßgabe der Verdingungsunterlagen zu verkaufen.

Angbote sind bis zum

8. März 9. Jh., vormittags 10 Uhr an untere Liegenschaftsverwaltung — Mitt. Rathaus, Pfefferstadt 23/25, Mittelgebäude 2 Treppen, Zimmer 37 — einzureichen.

Die Unterlagen liegen dort aus und können gegen Erstattung der Schreibgebühren bezogen werden.

Danzig, den 18. Februar 1921. (3769)  
Der Magistrat.

### Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 6 und 8 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung S. 265) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung S. 185 ff.) in Verbindung mit §§ 20 und 46 des Gesetzes vom 30. Juni 1900 betr. Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten (R. G. Bl. S. 306) wird nach Zustimmung des Gemeindevorstandes und des Senats der Freien Stadt Danzig hiermit für den Polizeibezirk Danzig folgendes verordnet:

§ 1.

Aus gesundheitspolizeilichen Gründen sind in Danzig an 2 jährlich hintereinander folgenden festzulegenden Tagen, welche durch Bekanntmachung öffentlich bekannt gegeben werden, eine Befüllung der Ratten statt.

§ 2.

Die Befüllung erfolgt durch Legen von Giftpfissen (Meerwiedel- und Parsumpräparaten u. a.).

Die Giftpfissen sind in allen bebauten Grundstücken einschl. Speicher und dergl. auszulegen, auch da, wo eine Rattenplage bisher nicht beobachtet ist.

Zur Auslegung sind die Eigentümer der Gebäude verpflichtet, falls diese im ganzen vermietet oder verpachtet sind, ist sie von den Mieter oder Pächtern auszuführen.

§ 3.

Die im § 2 Absatz III bezeichneten Personen haben die Giftpfisse entweder selbst oder durch zuverlässige erwachsene Beauftragte in den durch Beklage zu den Tageszeitungen für die einzelnen Stadtteile bezw. Strafen bekanntgegebenen Verkaufsstellen in dem in den Zeitungen noch näher bezeichneten Zeitraum zu beschaffen und an den in § 1 bezeichneten Tagen auszulegen.

§ 4.

Das Auslegen der Giftpfissen hat nach der jeder Packung beigegebenen Gebrauchsanweisung an den von den Ratten vorzugsweise aufgesuchten Orten (Höfe, Ställe, Keller, Böden, Magazinen usw.) an dazu geeigneten, unbewohnten Personen, Kindern und Haustieren unzugänglichen Stellen derart zu erfolgen, daß eine Verschleppung durch die Ratten verhindert wird. Die Stellen an denen die Giftpfissen ausgelegt sind, müssen den revidierenden Polizeibeamten auf Verlangen jederzeit vorgezeigt werden. Die Giftpfissen müssen 8 Tage ausgelegt bleiben.

§ 5.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis 150. — Mark, im

Nichtbeobeyungsfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 6.

Diese Polizei-Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Danzig, den 19. Februar 1921. (3688)

Der Polizei-Präsident. Fräulein.

### Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 6 und 8 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung Seite 265) sowie der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 198) wird unter Zustimmung des hierigen Gemeindevorstandes für den Polizeibezirk Danzig folgende Polizei-Verordnung erlassen:

Die Polizei-Verordnung vom 28. Dezember 1916 (Intelligenzblatt vom 4. Januar 1917 Nr. 3) wird durch nachstehenden § 1 a erweitert:

§ 1 a.

Für das Klopfen von Teppichen, Daufern, Decken und Polstermöbeln auf Höfen und Hörgäten in der Nähe von Schulen, Gottes- und Krankenhäusern können andere als die im § 1 genannten Zeiten vorgeschrieben werden.

Diese Polizei-Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Danzig, den 15. Februar 1921. (3687)

Der Polizei-Präsident. Fräulein.

### Bekanntmachung.

Auf der Bekannterung der durch Bekanntmachung vom 12. Februar 1921 aufgeteuften Sondermarken Nr. 31 und 32 der Brennstoffkarte A, B und C, sowie Nr. 7 der Brennstoffkarte D für die Anfangsbuchstaben A bis C mit den in der neu errichteten Brikettsfabrik auf dem Gaswerk am Michelpeter hergestellten Acksbriketts erfolgt nunmehr auch die Bekannterung für die restlichen Anfangsbuchstaben. Auf jede aufgerufene Sondermarke gelangt wie bisher 1 Zentner Briketts zur Ausgabe.

Ein Merkblatt für die zweckmäßige Verfeuerung der Acksbriketts kann kostenlos an der Acksfabrik des Gaswerks entnommen werden.

Der Preis für 1 Zentner Acksbriketts beträgt 23. — Mk. ab Lager Gaswerk.

Danzig, den 22. Februar 1921. (3768)

Der Leucht- und Brennstoffversorgungs-

verband der freien Stadt Danzig.

Gedania-Theater  
Schlossdamm 53/55 (3664)

Nur 3 Tage der staunenregeende Spielplan!

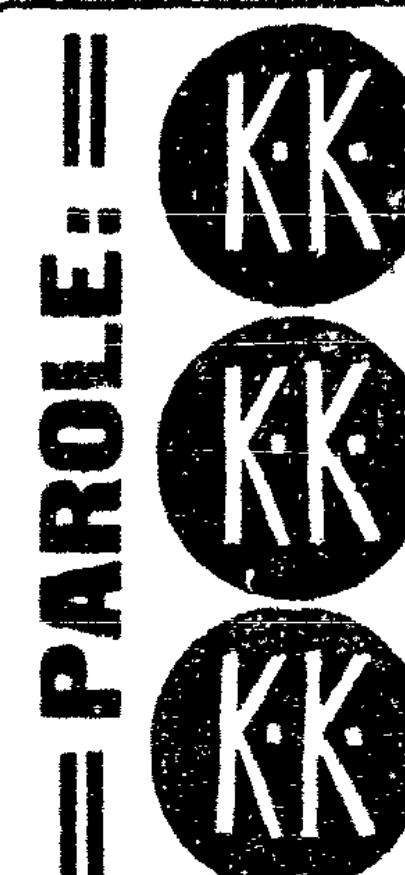
**Lepain** V. u. VI. Teil

Dekabinett-Film in 10 großen Akten

In der Hauptrolle: **Louis Ralph**

Als Einlage:

**„Zoppoter Karneval“**



Brett'1

Sensations-Programm

4-Uhr-Tee

Tanzvorführungen Jacqui und sonstige Einlagen

Kaffee

Geigerkönig Mai mit erstklassigen Kabarett-Einlagen

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573

1573